

Pressemitteilung
Kiel, 07.10.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Klimaschutz und Energiewende in Schleswig-Holstein voranbringen, aber **SOZIAL** gestalten

Christian Dirschauer, SSW-Landesvorsitzender, Rede zu TOP 5 – Thema des
Tages / Dagens aktuelle emne

Schleswig, den 07.10.2023

Entschließungsantrag des Landesvorstandes:
Klimaschutz und Energiewende in Schleswig-Holstein voranbringen, aber
SOZIAL gestalten

Es gilt das gesprochene Wort.

Kære venner,

for et år siden havde vi til vores landsmøde i september 2022 i Husum sat
emnet stigende energiomkostninger og inflation på dagsordenen. Et år
senere er de høje energipriser og prisudviklingen desværre stadigvæk et stort
emne som belaster mange borgere her i Slesvig-Holsten.

Selvom energipriserne falder igen, så er vi endnu langt fra det niveau, vi
havde for to år siden. Og til sandheden hører også, at vi måske aldrig mere
får de lave energipriser, vi engang har haft. Også klimaudfordringen påvirker
jo priserne og derfor er det for os i SSW som et socialt bevidst



mindretalsparti vigtigt at diskutere, hvad vi kan gøre for at borgerne fortsat kan klare sig økonomisk.

Liebe Freundinnen und Freunde,
der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit; wir müssen entsprechende Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen treffen. Für Schleswig-Holstein mit seinen Küsten und der flachen Landschaft ist dies nicht nur wichtig, sondern überlebenswichtig. Wir wollen und müssen dafür sorgen, dass auch kommende Generationen in Schleswig-Holstein gut und sicher leben können. Dafür steht der SSW.

Aber für uns im SSW ist auch klar, dass wir Klimaschutz und Energiewende nur wirklich effektiv umsetzen können, wenn dies auch für Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen bezahlbar bleibt. Eine soziale Schieflage durch die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen gilt es zu verhindern. Wir stehen dafür, beim Umwelt- und Klimaschutz alle mitzunehmen – das geht nur über eine sozialverträgliche Umsetzung.

Der SSW will den Klimaschutz und die Energiewende in Schleswig-Holstein voranbringen, aber wir wollen dies auch SOZIAL gestalten. Deshalb hat der SSW-Landesvorstand heute den vorliegenden Entschließungsantrag eingebracht. Ich werde kurz die einzelnen Forderungen erläutern.

Die Menschen leiden weiterhin unter hohen Energiepreisen, unter anderem verursacht durch den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Aber die hohen Energiepreise hängen auch mit der Erhöhung der CO₂-Besteuerung zusammen, die ja in den nächsten Jahren weiter steigen soll. Auch weil die CO₂-Besteuerung der richtige Weg ist, müssen wir gleichzeitig die unteren Einkommen entlasten, die ansonsten über Gebühr belastet werden.

Deshalb brauchen wir das versprochene Klimageld zur Reduzierung der CO₂-Kosten für die einkommensschwachen Gruppen der Gesellschaft bereits in 2024 und nicht erst später. Es ist tief enttäuschend, dass die Ampel-Regierung das wichtige Klimageld erst in 2025 einführen will – wenn überhaupt.

Tief enttäuschend ist auch, dass die Menschen in Schleswig-Holstein weiterhin die höchsten Strompreise in Deutschland zahlen, obwohl wir am meisten erneuerbare Energie produzieren. Dass die Produzenten von sauberem Strom die Hauptlast beim Netzausbau tragen müssen, ist einfach nicht in Ordnung. Obwohl wir dies bereits im Bundestagswahlkampf 2021 angesprochen haben und obwohl Bundeswirtschaftsminister Habeck versprochen hat, die Netzentgelte endlich zu reformieren, ist immer noch nichts passiert. Das ist einfach skandalös. Denn wer erneuerbare Energien produziert, sollte preislich belohnt und nicht bestraft werden. Der SSW fordert daher endlich eine Reform der Netzentgelte, so dass der so wichtige



Netzausbau nicht zur Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher wird.

Darüber hinaus fordern wir, dass die Strom- und Gaspreisbremse für Verbraucherinnen und Verbraucher bis in den Frühling 2024 fortgesetzt wird. Das gibt den Menschen Planungssicherheit in diesen herausfordernden Zeiten. Neben den großen Industrieunternehmen, von denen wir hier im Land nicht so viele haben, muss es auch realistische Preisobergrenzen für energieintensive kleine und mittelständische Unternehmen geben. Diese Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, sie müssen auch künftig eine wirtschaftliche Perspektive bei uns im Land haben.

Dazu gehört unserer Meinung nach auch, dass die auf 7% gesenkte Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme um mindestens ein Jahr verlängert wird. Auch so entlasten wir die Menschen, vor allem diejenigen, für die jeder Euro auf der Wärmeabrechnung zählt. Diese Forderungen wollen wir gerne als neuen Punkt 4 im Entschließungsantrag mitaufnehmen.

Die in Berlin geführte unsägliche Diskussion um das neue Heizungsgesetz hat dem Klimaschutz hier im Land einen Bärendienst erwiesen. Wer wirklich die Wärmewende solidarisch voranbringen will, statt auf kostspielige Individuallösungen zu setzen, der muss, überall, wo es möglich ist, auf den Ausbau von Wärmenetzen setzen. Dies fordern wir im SSW.

Zu guter Letzt ist ein entscheidender Baustein der Klima- und Energiewende ein ÖPNV-Angebot, das bezahlbar ist. Dabei ist das 49-Euro Ticket sicherlich ein Schritt nach vorne. Aber für uns im SSW ist das nicht ausreichend. Damit der ÖPNV noch attraktiver und preisgünstiger wird, wollen wir ein landesweites 29-Euro Ticket für alle in Schleswig-Holstein einführen.

Der neue Punkt 4 wäre dann:

, dass die auf 7% gesenkte Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme um mindestens auf ein Jahr verlängert wird.

Tak for opmærksomheden.

